Deutscher Bundestag **Drucksache 14/6171**

14. Wahlperiode 30. 05. 2001

Antrag

der Abgeordneten Pia Maier, Dr. Klaus Grehn, Monika Balt, Dr. Ruth Fuchs, Dr. Heidi Knake-Werner, Rosel Neuhäuser, Christina Schenk, Dr. Ilja Seifert, Roland Claus und der Fraktion der PDS

Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der vorgelegte erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ist vor allem ein Armutsbericht und zieht keine Konsequenzen aus der beschriebenen Ungleichverteilung von Reichtum und Lebenschancen.

Armut und Reichtum stehen nicht unabhängig nebeneinander, sondern bedingen sich gegenseitig. Wenn die Einkommen aus abhängiger Beschäftigung nicht im selben Maße steigen wie die Einkommen aus Gewinn und Vermögen, ist die zunehmende Armut trotz Erwerbstätigkeit eine logische Folge. Noch in der Koalitionsvereinbarung haben sich SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für Umverteilung ausgesprochen, nun wird die Politik der Bundesregierung aus CDU/CSU und F.D.P. fortgesetzt.

Das vorhandene Datenmaterial zu Lebenslagen in Armut ist gut zusammengefasst. Die Bundesregierung bemüht sich, den Forschungsstand widerzuspiegeln. Dagegen ist der Bericht über den Reichtum in diesem Land unzureichend. Hier bestimmt die vorhandene dürftige offizielle Datenlage das Bild. Die Bundesregierung bemüht sich nicht, neue Quellen zu erschließen, die das Bild von Reichtum genauer erscheinen lassen, zum Beispiel veröffentlichte Daten der großen Banken. Völlig ausgeblendet wird die ungleiche Entwicklung der Primärverteilung, so dass die Ursachen der asymmetrischen Verteilung von Einkommen und Vermögen nicht aufgedeckt werden.

Dem Auftrag, ein Bild über die Lebenslagen in Deutschland zu vermitteln, kommt der Armuts- und Reichtumsbericht nach.

Während die Darstellung und Kommentierung des reinen Zahlenwerkes den vorhandenen Daten gerecht wird und deutlich auch die Armut in Deutschland benennt, ist sowohl das Vorwort wie auch das Nachwort des Berichts ein beschönigender Text, der nicht die erschreckenden Ergebnisse in den Mittelpunkt rückt, sondern die Politik der Bundesregierung. Dabei erscheint zum Beispiel auch die Rentenreform als ein Weg, die Armut abzubauen. Nicht erwähnt wird, dass mit der Senkung des Rentenniveaus, mit der nicht ausreichenden Anerkennung von Kindererziehungszeiten und mit den Regelungen für die Rentenberechnung von Arbeitslosen der Altersarmut Vorschub geleistet wird.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

Konsequenzen aus dem Armuts- und Reichtumsbericht zu ziehen und geeignete politische Maßnahmen einzuleiten mit dem Ziel:

– Reichtum zu begrenzen. Diese extrem und sich verstärkende ungleiche Verteilung von Vermögen kann nicht länger akzeptiert werden. Erste Schritte dazu wären die Wiedereinführung der Vermögenssteuer sowie die Besteuerung von vererbten Grundstücken und Immobilien nach ihrem Verkehrswert – bei angemessenen Freibeträgen, die sicherstellen, dass nur große Vermögen zur Umverteilung herangezogen werden;

– die Umverteilung von oben nach unten zu befördern. Der Spitzensteuersatz darf nicht weiter gesenkt werden. Der Defizitabbau im Bundeshaushalt soll gestreckt werden, weil sonst die öffentlichen Investitionen und soziale Leistungen weiter abgebaut werden;

– Armut wirkungsvoll zu bekämpfen. Die gegenwärtige Debatte der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe darf nicht dazu führen, mehr Menschen in die Sozialhilfe und damit in die Armut zu drängen. Der Lohnbezug der Arbeitslosenhilfe muss erhalten bleiben und die Zwangsmaßnahmen dürfen nicht ausgeweitet werden. Die Sozialhilfe schützt derzeit nicht vor Armut, sondern schafft ein Leben in Armut, auch Lohnersatzleistungen liegen immer häufiger unter dem Existenzminimum. Nur ein Konzept der sozialen Grundsicherung, die das sozio-kulturelle Existenzminimum für alle in Höhe der Armutsgrenze der EU-Definition sichert, ist ein wirkungsvoller Schutz vor Armut;

– Armut trotz Erwerbstätigkeit auszuschließen. Niedriglohnsegmente dürfen nicht weiter ausgebaut und staatlich gefördert werden, Erwerbsarbeit muss die Existenz sichern. Arbeit darf nicht arm machen, von Arbeit muss man Leben können. Dazu ist die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes notwendig, der dem Niedriglohn den Boden entzieht;

– das „Armutsrisiko Kind“ zu verhindern. Dazu muss das Kindergeld erhöht und das Existenzminimum jedes Kindes gesichert werden;

– das Datenmaterial für einen aussagekräftigen Reichtumsbericht vorzubereiten. Nachdem die Datenlage nun in einem ersten Bericht beschrieben ist, müssen die festgestellten Defizite abgebaut werden, damit weitere Berichte nicht wieder nur fehlende Daten feststellen.

Berlin, den 30. Mai 2001

Pia Maier
Dr. Klaus Grehn
Monika Balt
Dr. Ruth Fuchs
Dr. Heidi Knake-Werner
Rosel Neuhäuser
Christina Schenk
Dr. Ilja Seifert
Roland Claus und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333